

# Krise, Krieg, Gewinner und Verlierer

Während im Juli in dieser Stadt 36 000 Menschen arbeitslos waren, mehr als 30 Prozent der Kinder arm sind (nein; nicht nur von Armut bedroht!) und im städtischen Haushalt für das nächste Jahr wieder Millionen Euro fehlen, sieht es bei den Reichen und Konzernen trotz Krieg und Krise rosig aus.

Von Udo Stunz

Dass das doch nicht jetzt, sondern nur in normalen Zeiten angehen könne, meint - und er steht damit nicht allein - der Sekretär der Gewerkschaft IG Metall des Bezirks Niedersachsen und Sachsen-Anhalt: "Die Krisengewinne der Energieriesen müssen abgeschöpft und die Krisengewinner zur Kasse gebeten werden".

Er meint die neu erfundene "Übergewinnsteuer". Der Kollege sollte die Rüstungskonzerne nicht vergessen und den Staat, der mit gestiegenen Preisen auch bei der Mehrwertsteuer kräftig absahnt. Ohne Druck von der Straße werden Porsche-Lindner und die übrigen Stahlhelmtträger der Regierung sich nicht mit dem Kapital anlegen.

Russland ist zu „ruinieren“ wie Frau Baerbock befohlen hat. Und in diesem Wirtschaftskrieg ist Durchhalten ange-

sagt. Dass Wachstumseinbruch, Produktionsausfälle, Entlassungen, weitere Verarmung nicht den Iwan, sondern uns, die Gering- und Ottonormalverdiener treffen könnten, ist nun mal der Preis, der dafür zu zahlen ist.

Das deutsche Volk soll - wie im Steckrübenwinter des Ersten und im Winterhilfswerk des Zweiten Weltkriegs - das Hungern und Frieren als Herausforderung ans Gemeinschaftsgefühl nehmen und nur noch den Feind im Äußern kennen! Es soll unabhängig von der sozialen Stellung zusammenstehen und Verzicht üben. Volksgemeinschaft eben.

Wer die Wahl hat, zu frieren oder zu hungern wird schon nicht auf dumme Gedanken kommen, nämlich Widerstand leisten und Frieden fordern. Wir fordern dazu auf, beides zu tun.

„Wir alle müssen jetzt den Gürtel enger schnallen“, so tönt es aus allen Regierungs- und sonstigen Rohren. Dass das nicht stimmt, zeigt ein Blick auf die Konzernbilanzen für das erste Halbjahr.

Selbst Deutsche Bank und die Bahn melden Gewinne, ebenso wie VW und die Energie-, Lebensmittel- und Wohnungskonzerne. Kapitalismus geht bestens. Big Oil schwimmt nur so im Geld. Shell, Total Energies, Repsol - Europas Energiekonzerne fahren dank der hohen Öl- und Gaspreise Milliarden Gewinne ein.

## Lebenshaltungskosten steigen wie verrückt - Widerstand tut not!

Die Energiepreise explodieren - Heizöl, Gas, Strom und Benzin sind unbezahlbar geworden. Gleichzeitig steigen auch die Mieten, werden Lebensmittel und andere Güter des täglichen Bedarfs immer teurer.

Wenn demnächst die Rechnung für das enorm verteuerte Gas kommt, stellt sich bei vielen die Frage „hungern oder frieren“.

Wir alle sind davon betroffen: Familien, Hartz-IV-Empfänger, Studierende, Rentnerinnen, aber auch sogenannte „Normalverdiener“. Die Energiekonzerne verdienen sich derweil eine goldene Nase.

Dagegen kämpfen wir mit der Kampagne „Energiepreisstopp jetzt“.

Als Sofortmaßnahme fordert die DKP einen gesetzlichen Preisstopp für jede Form von Energie für private Haushalte sowie kleine Unternehmen. Das umfasst Strom-, Gas-, Öl- und Benzinpreise.

Strom- und Gas-Sperren müssen verboten werden und Haushalte mit Bezug von Sozialleistungen müssen einen Energiezuschlag erhalten.

Diese Forderungen können unterstützt werden durch Unterzeichnung unserer Online-Petition (siehe Link auf der nebenstehenden Grafik).

Energieversorgung und Mobilität sind Grundrechte. Sie müssen für alle bezahlbar sein. Deshalb sagen wir:

**Die Energieversorgung gehört in öffentliche Hand und unter demokratische Kontrolle!**

**HUNGERN ODER FRIEREN?**

**Energiepreise stoppen!**

**RWE & Co. enteignen!**

**DKP**  
Deutsche Kommunistische Partei

[www.energiepreisstopp-jetzt.de](http://www.energiepreisstopp-jetzt.de)



**Auf ein Wort ...**

**Der Planet brennt –  
Dortmund pennt!**

Petra Krug,  
Stadtteilguppe West  
der DKP Dortmund

**D**er Sommer 2022 sollte auch den letzten Ignoranten die Augen öffnen: Die Klimakatastrophe droht nicht, sie ist da - mit verheerenden Bränden, Dürre und Ernteaussfällen in ganz Europa. Das Gebot der Stunde heißt handeln und zwar sofort!

Die Stadt Dortmund hat sich bereits 1993 dem Klimabündnis der europäischen Städte angeschlossen, deren wichtigstes Ziel die massive CO<sub>2</sub>-Minderung sein sollte. Viel ist derweil nicht passiert. Nichts gegen begrünte Dächer von Bushalte-

stellen und Schotterverbote in Vorgärten, doch bei entscheidenden Faktoren wie einer wirklichen Wende im Bereich der Mobilität sieht es bescheiden aus.

Immerhin, es gibt einen Masterplan Mobilität 2030, der per Ratsbeschluss von 2016(!) an die Verwaltung gegangen ist. Wer allerdings die Informationen dazu auf dem Nachrichtenportal der Stadt liest, hört die Amtsschimmel in Chorstärke wiehern. Entsprechend schneckengleich bewegt sich der Ausbau des Radwegenetzes vorwärts, entsprechend mau fällt der Aufschrei gegen den neuerlich drohenden Anstieg der Preise im ÖPNV nach Ende des 9 €-Tickets aus.

Sakrosankt bleibt bei all dem die Existenzberechtigung des nach wie vor notorisch defizitären „Airport“. Das Geld, das im ÖPNV für kostengünstige Tickets eingesetzt werden könnte, wird von DEW 21 genutzt um ein totes Pferd zu reiten: Um Billigflüge vor allem von Wizz Air zu subventionieren, bis der Platzhirsch sich in die Büsche schlägt und durch die dann folgende Pleite des „Airport“ ein echter Beitrag zum Klimaschutz geleistet wird.

## Weder Stillhalteabkommen

Von Udo Stunz

**Tarifrunde in der  
Metall- und Elektroindustrie**

## noch Verzichtsabschlüsse

**Mit einer Forderung von 8 Prozent bei einer Laufzeit von 12 Monaten wird die IG Metall in die Tarifverhandlungen für die Metall- und Elektroindustrie mit knapp vier Millionen Beschäftigten gehen. Selbst diese Forderung wird den Lebensstandard nicht sichern bei knapp 8 Prozent Inflation und nach viereinhalb Jahren ohne tabellenwirksame Lohnerhöhung.**

In den Betrieben ist die Enttäuschung groß, meistens wurden wesentlich höhere Forderungen zwischen 10 und 15 Prozent beschlossen.

Wie es ihr gut bezahlter Job will, pesten die sogenannten "Arbeitgeber"-Vertreter gegen die Forderung der IG Metall: "Ich halte die Forderung für verantwortungslos!" tönt z. B. der Gesamtmetall-Präsident Stefan Wolf. Mal wieder mit Einmalzahlungen statt Lohnerhöhungen sollen die Kolleginnen und Kollegen abgespeist werden. Das Kapital will seine Kriegs- und Krisengewinne für sich behalten, die Ausbeutung verschärfen auf den Knochen der Belegschaften.

Auch die „Konzertierte Aktion“ predigt Verzicht. Klares Ziel von Kapital und dessen Regierung: das Lohnniveau wie schon seit Jahren kräftig abzusenken.

Es kommt noch dicker: IGM-Vorsitzender Jörg Hofmann meint, man werde vor den Tarifverhandlungen Gaslage und Lohnforderung erneut prüfen: „Schauen wir mal, wie wir im Herbst dastehen. Wir haben gesagt, wir werden im September noch mal draufschauen, wie sich die Gesamtlage verändert hat. Haben wir ein anderes Szenario im Bereich der Gasversorgung (...), werden wir die Anlage der Tarifrunde wieder neu denken müssen.“ - Und die Forderung weiter drücken.

Aus einem Brief eines ehemaligen Betriebsratsvorsitzenden an den IGM-Vorstand: „Seid ihr schon so abgehoben von der Lebenswirklichkeit unserer (auch eurer) KollegInnen oder seid ihr selbst zu Bütteln der Arbeitgeberseite und Politikerblase geworden, die mit diesen gemeinsam weitere Opfer und Verarmung verordnen und steuern?“

Die Friedenspflicht endet am 28. Oktober. Die Kampfbereitschaft der Kolleginnen und Kollegen wird das Ergebnis bestimmen.



## Tarifvertrag Entlastung für die Unikliniken erkämpft Wird das reichen?

Von Udo Stunz

**77 Tage im Erzwingungsstreik an sechs Unikliniken waren nach Ablauf des im Januar gestellten Ultimatums notwendig, um den Arbeitgebern einen Tarifvertrag abzutrotzen.**

Feste Personalschlüssel, bei deren Unterschreitung zusätzliche freie Tage fällig werden, sollen nicht allein auf den Stationen für Pflegekräfte gelten, sondern auch für Therapiebereiche, Betriebskita, Radiologie und Auszubildende. Ausgespart bleiben aber viele andere Beschäftigte, etwa in den Servicebereichen Küche und Reinigung, Technik und Ambulanzen. Diese Spaltung der Belegschaften konnte nicht verhindert werden.

Verdi musste den Klinikleitungen auch anderthalb Jahre zugestehen, in denen sie die erforderlichen IT-Systeme für die genaue Erfassung der Personalschlüssel und aus deren Unterschreitung fällig werdende Punkte für die zusätzlichen freien Tage aufbauen sollen. Bis dahin gibt es lediglich pauschal fünf freie Tage im Jahr extra.

Trotzdem: Die Kolleginnen und Kollegen haben sich gegen ein Arbeitgeberlager und eine Landesregierung durchgesetzt, die weiter kein Interesse an einer Gesundheitsversorgung im Sinne der Patienten und Beschäftigten haben. Durch Einschaltung der Gerichte sollten die Streiks verboten werden. Den Streikenden wurden Patientengefährdung und Verantwortungslosigkeit vorgeworfen. Chefärzte, die die allgegenwärtige Personalnot täglich ignorieren, stellten sich gegen die Streikenden und forderten öffentlich die Einstellung des Arbeitskampfes. Durch die Hetze eines Teils der bürgerlichen "Qualitätspresse" gegen die Beschäftigten und ihren Kampf wurden sie tatkräftig unterstützt.

Dass die Streikenden den Kampf durchgestanden haben, war vor allem möglich, weil der Großteil der Bevölkerung ihnen Respekt gezollt hat, weil klar war, dass sich die Arbeitsniederlegungen gegen ein völlig desaströses Gesundheitssystem richteten und nicht gegen sie.

## KURZ & BÜNDIG

**„Keine Mieterhöhung für 6 Jahre“**

Das fordert das bundesweite Bündnis Mietstopp und ruft dafür zu einem bundesweiten Aktionstag am 8. Oktober auf. In Dortmund beteiligt sich das Bündnis "Arm in Arm" an dem Aktionstag. Dazu gehören unter anderem der Mieterverein, die DGB-Gewerkschaften, sowie Wohlfahrtsverbände und Kirchen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Mieten für sechs Jahre einzufrieren.

**Greenwheels zieht sich aus Dortmund zurück**

Der Carsharing-Anbieter Greenwheels zieht sich Anfang Oktober aus Deutschland und damit auch aus Dortmund zurück. Das deutsch-niederländische Unternehmen will sich ganz auf das Geschäft in den Niederlanden konzentrieren. Greenwheels war mit sehr vielen Fahrzeugen und Standplätzen der mit Abstand größte Anbieter in Dortmund. Ein neuer Carsharing-Anbieter namens cambio plant nach eigenen Angaben für Dortmund einen nahtlosen Übergang beim stationsbasierten CarSharing. „Wir heißen alle Greenwheels-Kund:innen willkommen“, verkündete das Unternehmen. Der cambio-Ableger in Dortmund ist ein Gemeinschaftsprojekt von cambio CarSharing, stadtmobil Rhein-Ruhr und Stadtteilauto aus dem Münsterland. Wie Greenwheels rechnet auch cambio nach Fahrzeit und Strecke ab.

## 16jähriger in der Nordstadt von Polizei erschossen

Von Ulli Sander

Am 8. August haben es in der Dortmunder Nordstadt elf Polizistinnen und Polizisten nicht vermocht, den 16-jährigen aus Senegal stammenden Mouhamed D., der ein Messer bei sich hatte, zu beruhigen und zu entwaffnen. Sie griffen den Jungen mit Pfefferspray und Tasern an und erschossen ihn schließlich mit einer Salve von fünf Schüssen aus einer Maschinenpistole.

Nach diesem entsetzlichen Vorfall zogen noch am gleichen Abend aufgebrachte Menschen zu der involvierten Polizeiwache in der Münsterstraße. Auch in den Tagen danach kam es zu mehreren Demonstrationen. Von Teilen der Demonstranten wurde der Polizei vorgeworfen, Mouhamed aus rassistischen Motiven erschossen zu haben. Auf einem Schild hieß es: „Das war Mord“.

Übrigens ermittelt in diesem Fall „aus Neutralitätsgründen“ die Polizei Recklinghausen, während im Gegenzug die Dortmunder Polizei die Ermittlungen im Fall eines bei einem Einsatz der Polizei

Recklinghausen ums Leben gekommenen Mannes übernimmt. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt!

Skandalös ist auch die Erklärung eines "unabhängigen" Polizeiexperten aus Bielefeld im WDR, der die Zulässigkeit aller in Dortmund angewandten Waffen betonte – auch MPis sollten in keinem Polizeiauto fehlen. In gleichem Sinne äußerte sich auch Landesinnenminister Reul bei einem Interview im Deutschlandfunk.

Der Tod des 16jährigen Mouhammed D.

lässt auch an Folgendes denken: Mitte Juli mussten acht Polizisten aus Münster "freigestellt" werden, weil sie einer rechtsextremen Chatgruppe angehören. Sie hatten - wie schon vorher enttarnte Gruppen von Polizisten u.a. in Essen und Mülheim - sich gegenseitig rassistisch aufgehetzt. Gehörten die in der Nordstadt eingesetzten Polizisten auch solchen Gruppen an? Gehörten sie zu den auf dem neonazistisch geführten Schießplatz in Güstrow ausgebildeten Dortmunder Polizeieinheiten?



Foto: Paulina Bernauer / Nordstadblogger

Ein Wandbild in der Nordstadt. Es zeigt den erschossenen 16jährigen.

# So viele Nullen

Von Theo Fabricius

Schröders Finanzminister Eichel verschenkte Zigmilliarden Euro an die Konzerne, wusste aber nicht, wie viele Nullen eine Milliarde hat. Ein Vielfaches schenken Scholz und sein Finanzminister Lindner an Rüstungs- und Energiekonzerne. Ob sie die Antwort wissen?

Ich weiß, dass die Regierung nur Nullen hat, und dass diese Nullen den Bürgern unterstellen, an den Nullen auf ihren Konten selber die Schuld zu tragen. Man könnte ja Spar-duschköpfe verwenden und sich warm anziehen.

Regierungssprachrohr „Die Welt“ zitiert einen Arzt: „Eigentlich wäre es gesund, wenn wir vor Kälte zittern. Dabei wird Fettgewebe abgebaut.“ Kälte macht Menschen „aktiver und leistungsfähiger“.

Nach seiner Sansibar-Glamoursause will Lindner auf Kosten der Arbeitslosen 609 Mio des Etats zur Eingliederung in Arbeit sparen. Sein Kumpan Merz spart auch. Sein Flugzeug ist billiger und umweltfreundlicher als Lindners Porsche.

Im Spätzleland wirft Kretschmann 4 000 Lehrer raus und spart 15 Mio. Seine Kultusministerin erprobt an Schulen die 4-Tage-Woche. Das Abendblatt schreibt, Haare könne man selber schneiden, Brot selber backen. Zu Secondhandkleidung und Regentonnen wird geraten. Danke!

Das Ziel gibt Außenministerin Baerbock an: Russland in den Ruin treiben. Seit Karl XII. Und Napoleon haben das andere versucht. Die Nazis erfanden zu diesem Zweck Winterhilfswerk und Eintopfsonntag. Das Treiben endete stets mit dem Ruin der Treiber.

Kaufen wir von unseren letzten Groschen dem Finanzminister einen Rechenschieber und der Außenministerin einen Globus!

Im Übrigen fordern wir: Schluss mit diesem Krieg! Schluss mit der Rolle Deutschlands als Kriegspartei durch Waffenlieferungen und Sanktionen!



**Zeitung der DKP:  
Kommunistische  
Standpunkte,  
marxistische Analysen  
Woche für Woche!**

6 Wochen Probeabo  
Zeitung und Online-  
Ausgabe > gratis

**Das 6-Wochen-  
Probe-Abo endet  
natürlich  
automatisch. Dabei  
entstehen für Sie  
keine weiteren  
Verpflichtungen!**

CommPress Verlag  
Carol Schröder  
Hoffnungstraße 18  
45127 Essen  
Tel.: 0201 177889-15  
(14h-18h)  
Fax: 0201 177889-28  
E-Mail: abo@unsere-zeit.de

## Das Zitat

„Sparsamkeit armen  
Leuten zu empfehlen, das  
scheint mir ebenso  
lächerlich wie  
beleidigend. Es ist, als ob  
man einem  
Verhungerten riete,  
weniger zu essen.“

Oscar Wilde

## TERMINE der DKP-Gruppen

> Jeden letzten Donnerstag im Monat (i.d. Regel) findet um 19 Uhr im Z\*\* eine

**Diskussionsveranstaltung** der DKP Dortmund zu einem aktuellen Thema statt.

> Jeden 4. Dienstag im Monat um 18 Uhr trifft sich die **DKP-Stadtteilgruppe Ost** im Haus Gobbrecht.

> Jeden 1. Dienstag im Monat um 19 Uhr trifft sich die **DKP-Stadtteilgruppe West\***

> Jeden 4. Montag im Monat um 19 Uhr trifft sich die **DKP-Stadtteilgruppe Süd.\***

> Jeden 1. und 3. Montag im Monat um 19.00 Uhr trifft sich die **DKP-Stadtteilgruppe Nord** im Z\*\*.

\* Die Versammlungsorte der Stadtteilgruppen Süd und West sind zu erfragen unter: > [info\[at\]dkp-dortmund.de](mailto:info[at]dkp-dortmund.de)

\*\* Z = Zentrum für Kultur und Politik, Oesterholzstr. 27 (Nähe Borsigplatz)



## Sanktionen beenden und Nordsteam 2 in Betrieb nehmen!

Zur geplanten Einführung einer zusätzlichen Umlage auf die Gaspreise erklärt Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP: „Weg mit den Sanktionen. Stoppt die Pläne für noch höhere Gaspreise durch eine Umlage, die nur den Konzernen nützt. Die Bundesregierung plant eine zusätzliche Umlage auf die bereits horrend gestiegenen Preise. Damit sollen unter anderem die Milliarden, die der Konzern Uniper erhält, finanziert werden. Dabei verdienen heute Konzerne an den gestiegenen Gaspreisen, indem sie Gas, das nach alten Verträgen günstig bezogen wird, teuer nach Polen weiterverkaufen und damit hier das Gas verknapfen, um wiederum an der Preisschraube zu drehen. Wie immer zahlen Arbeiter, Angestellte, Arbeitslose, Rentnerinnen und Rentner, Studentinnen und Studenten die Zeche der Konzerne und ihrer Regierung. Robert Habeck, olivgrüner Wirtschaftsminister, wird zitiert: ‚Es wird Härten geben und die Härten werden getragen werden müssen.‘ Ehrlicher wäre gewesen, er hätte gesagt: ‚Ihr zahlt die Zeche für unsere Sanktions- und Kriegspolitik.‘ Die DKP sagt: Sanktionen stoppen keine Kriege, sie eskalieren – deswegen fordern wir ein Ende der Sanktionen. Wir fordern ein Einfrieren der Energiepreise auf dem Stand von Juni 2021, wir fordern die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 anstatt des Imports von umweltschädlichem Frackinggas.“

### Kontakt zur DKP

- mehr Infos über die DKP und ihr Programm
- Kontakt zu einer Gruppe in meiner Nähe
- Mitglied werden

Name .....  
 Straße .....  
 PLZ/Ort .....  
 E-Mail .....

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an DKP Dortmund, Oesterholzstr. 27, 44145 Dortmund; oder E-Mail an [Info@dkp.dortmund.de](mailto:Info@dkp.dortmund.de)

**Spendet**  
für die  
**Kommunistische Partei!**

Auch kleine Beträge helfen weiter!

Sparkasse Dortmund  
IBAN: DE 49 4405 0199 0142 0684 51  
Stichwort: Spende

## Impressum & Kontakt

Heisse Eisen c/o  
Deutsche  
Kommunistische  
Partei

Oesterholzstr. 27,  
44145 Dortmund  
Tel. 28 21 77 97

[Info@dkp.dortmund.de](mailto:Info@dkp.dortmund.de)  
[www.dkp-dortmund.de](http://www.dkp-dortmund.de)

Redaktionsschluss  
dieser Ausgabe:  
14.08.2022

V.l.S.d.P.: Doris Borowski

